

Eingetroffen Fol. 56/9

Bern, den 7. März 1921.

B 14/211/B 21/2.-- AJ.

757
- 8. März 1921
An das Eidgenössische Militärdepartement,B e r n .

Herr Bundesrat,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 26. Januar No. 50/12/12.20 betreffend die Vorarlbergerfrage, beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass der zurzeit in Paris weilende ehemalige juristische Beirat unserer Gesandtschaft in Wien, Herr Dr. Wiedemann, einen eingehenden Bericht über die hoffnungslose finanzielle Lage Oesterreichs erstattet hat. Herr Wiedemann hat als ehemaliger Generalsekretär der Direktion der Orientalischen Bahnen in Finanz- und Regierungskreisen der europäischen Hauptstädte ausgezeichnete Beziehungen. Er kam in Paris mit vielen Persönlichkeiten, so auch mit Mitgliedern der Reparationskommission für Oesterreich und solchen die über die Absichten der Botschafterkonferenz genau unterrichtet sind, zusammen. Wir treten hier auf die mehr finanziellen Details seines Berichtes nicht ein, aus welchen hervorgeht, dass die Aussichten Oesterreichs auf neue Kredite so gut wie verschwunden sind.

Wir beehren uns aber zur Orientierung Ihnen mitzuteilen dass Herr Wiedemann unter anderem ausführt:

„Es ist bekannt, dass Oesterreich in den letzten Wochen mit grossen Schwierigkeiten in Holland eine Kreditoperation durchführen konnte, indem es insbesondere das Gold und die Wertpapiere zu Pfand gab, welche die österreichischen Gesetzgeber über die Ablieferung dieser Werte an den Staat in seine Hand gegeben hatten. Mit dem so geschafften Lebensmittelkredite kann Oesterreich bis zum 15. April, nicht aber darüber



hinaus, auskommen.

Jedenfalls scheint mir festzustehen, dass die 125 Millionen Dollar, welche die Wiener Subkommission als diejenige Summe bezeichnete, die aufgebracht werden müsste, um Oesterreich als selbständigen Staat lebensfähig zu machen, unter keinen Umständen zusammenkommen. Die eventuell einflussenden Mittel werden so gering sein, dass sie politisch der Wiener Regierung nicht diejenige Plattform verschaffen, von der aus allein sie das Land als selbständigen Staat ruhig verwalten kann. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, dass mit tiefgreifenden Veränderungen im Laufe des Frühjahrs gerechnet werden muss."

Unser Gewährsmann empfiehlt unter diesen Umständen der Schweiz grösste Zurückhaltung mit der Bewilligung neuer Staatskredite an Oesterreich, legt die Realisierung der österreichischen Staats- und Gemeindetitel über welche die Eidgenossenschaft verfügt nahe und schliesst seine Ausführungen wie folgt:

"Politisch wird man sich darüber klar werden müssen, dass im Moment, wo infolge des Ausbleibens einer namhaften finanziellen Hilfe, Oesterreich sich von den Entente- und Sukzessionsstaaten abandoniert fühlt, und deshalb ganz oder teilweise den Anschluss an Deutschland durchführt, für die Schweiz die Vorarlberger Frage plötzlich akut wird. Es ist diesbezüglich daran zu erinnern, dass die konstituierende Nationalversammlung Oesterreichs vor den Neuwahlen im Oktober einstimmig den Beschluss gefasst hat, die Regierung habe innerhalb einer bestimmten Frist, ein Plebiszit über die Frage des Anschlusses an Deutschland herbeizuführen. Sobald die Situation reif ist, wird die Regierung diesen Beschluss eventuell ausgraben und das Plebiszit veranstalten, wenn sie nicht vorzieht, auf revolutionärem Wege den Anschluss zu proklamieren. Es wird sich empfehlen, dass man schweizeri-

sonerseits rechtzeitig darüber klar wird, welche Massnahmen in einem solchen Fall aus politischen Gründen, die Schweiz gegenüber dem Vorarlberg treffen soll."

Die Entente hat in der Zwischenzeit das Plebiszit verboten, doch geht die Anschlusspropaganda weiter, obwohl sie, besonders seit der durch die jüngsten Ereignisse auf der Londonerkonferenz entstandenen Krise, in Deutschland nicht ungeteilte Sympathien finden dürfte. Aus politischen Berichten unserer Gesandtschaften entnehmen wir, dass Italien und England sich gegenüber einem Anschlusse Oesterreichs an Deutschland eher neutral verhalten dürften. Die verzweifelte Lage Oesterreichs kann aber, wie Herr Wiedemann richtig bemerkt, gegen die offizielle Willensäußerung der Entente, die Ereignisse überstürzen, so dass es sich empfiehlt, auf diese Eventualität gefasst zu sein.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT.